

Resiliente Demokratie: Strategische Handlungsfelder

Analyse der Ausgangslage und nächste Schritte

August 2025

Dieses Papier bündelt die bisherigen **Analysen der Netzwerks Chance Demokratie** zu Problemen, Risiken, Chancen und Lösungsansätzen. Es ist die gemeinsame Grundlage für unsere nächste Arbeitsphase im Netzwerk. Wir laden alle Teilnehmer:innen ein, sich mit dieser Grundlage für die weiteren Diskussionen vertraut zu machen.

In den nächsten Monaten werden wir zu den einzelnen Handlungsfeldern **Online-Diskussionen und Arbeitsmeetings** durchführen. Dabei geht es darum, die Themen zu vertiefen, konkrete Optionen zu entwickeln, ihre politische Umsetzbarkeit zu prüfen und Initiativen anzustoßen.

Zielsetzung

Im **Netzwerk Chance Demokratie** arbeiten Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam daran, die Resilienz von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten zu stärken.

Als Grundlage dient eine gemeinsame Analyse der Ausgangslage, der aktuellen Probleme sowie der absehbaren Risiken und Chancen. Die Ergebnisse dieser vertieften Diskussionen sind in diesem Dokument zusammengefasst. Es bildet den Ausgangspunkt für die nächste Etappe des Netzwerks.

Ab September 2025 sollen darauf aufbauend strategische Handlungsfelder konkretisiert und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. **Ziel ist es, innerhalb weniger Monate sichtbare Fortschritte zu erreichen: mehr Vertrauen in Institutionen, stärkere Zustimmung zu Demokratie und Rechtsstaat sowie eine aktive Mitwirkung an deren Sicherung.**

Herausforderung

Demokratien stehen weltweit unter Druck – durch erstarkenden Populismus, zunehmende Polarisierung, globale Krisen und die schleichende Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Konzept der *demokratischen Resilienz* an Bedeutung. Es beschreibt die Fähigkeit eines demokratischen Systems, externe Herausforderungen und innere Spannungen aufzunehmen und sich an neue Bedingungen anzupassen, ohne dabei seine grundlegenden Prinzipien preiszugeben. Mit anderen Worten: Eine resiliente Demokratie übersteht Krisen und kann daraus sogar gestärkt hervorgehen, ohne in autoritäre Muster abzugleiten.

Entscheidend ist die Frage, welche Handlungsfelder Politik und Gesellschaft bearbeiten müssen, um diese Widerstandsfähigkeit zu sichern. Welche Themen muss ein Programm für eine resiliente Demokratie zwingend umfassen? Mit welchen Problemen sollte sich das **Netzwerk Chance Demokratie** auseinandersetzen, um einen substanziellen Beitrag zu leisten?

Dabei geht es nicht nur um die Analyse von Problemen und die Entwicklung von Lösungsansätzen. Wirksam wird das Netzwerk erst dann, wenn daraus politische Initiativen entstehen, die konkrete Verbesserungen auf den Weg bringen.

In den Diskussionen des Netzwerks wurden zahlreiche Probleme, Risiken, Chancen und Lösungsvorschläge identifiziert. Sie lassen sich vier zentralen Handlungsfeldern einer resilienten Demokratie zuordnen:

1. **Leistungsfähigkeit & Legitimität**
2. **Compliance & Integrität**
3. **Information & Wissen**
4. **Demokratische Kultur & Selbstverständnis**

Strategische Handlungsfelder einer resilienten Demokratie

Eine widerstandsfähige Demokratie lebt von vier miteinander verbundenen Handlungsfeldern. Jedes für sich ist notwendig – ihre volle Wirkung entfalten sie jedoch erst im Zusammenspiel.

1. **Leistungsfähigkeit & Legitimität**
Demokratie gewinnt ihre Akzeptanz nicht allein aus Wahlen, sondern auch aus der Fähigkeit, gesellschaftliche Probleme wirksam zu lösen. Wenn Regierungen und Parlamente handlungsfähig sind und

Ergebnisse sichtbar werden, stärkt das die Legitimität demokratischer Institutionen.

2. **Compliance & Integrität**

Vertrauen entsteht nur, wenn Politik und Verwaltung geltende Regeln, Gesetze und Usancen einhalten. Korruption, Machtmissbrauch und fehlende Rechenschaft schwächen die Demokratie unmittelbar. Integrität ist daher ein Schutzsystem, das Missbrauch verhindert und Glaubwürdigkeit sichert.

3. **Information & Wissen**

Demokratie setzt auf informierte Entscheidungen – von Bürger:innen wie von Entscheidungsträger:innen. Transparenz, unabhängige Medien, offene Daten, politische Bildung und der Zugang zu wissenschaftlicher Expertise bilden die Grundlage für faktenbasierte Debatten. Ohne verlässliche Information sind weder Integrität überprüfbar noch Leistungsfähigkeit sichtbar.

4. **Demokratische Kultur & Selbstverständnis**

Am tiefsten Fundament liegt die demokratische Kultur. Sie zeigt sich in Respekt, Kompromissfähigkeit, Akzeptanz von Vielfalt und im Bewusstsein für die Bedeutung von Menschenrechten. Dieses Selbstverständnis wird von Generation zu Generation weitergegeben und macht es schwer, autoritären Versuchungen dauerhaft Fuß fassen zu lassen.

Zusammenspiel der Handlungsfelder

Man kann sich die vier Felder wie ein Haus vorstellen:

- **Das Fundament** bildet die demokratische Kultur.
- **Die tragenden Wände** sind Integrität und Rechtsstaatlichkeit.
- **Die Fenster und Türen** stehen für Information und Wissen, die Einblick, Austausch und Teilhabe ermöglichen.
- **Das Dach** ist die Leistungsfähigkeit, die sichtbar Schutz bietet und die Demokratie legitimiert.

Nur wenn alle Teile zusammenwirken, bleibt die Demokratie stabil und widerstandsfähig – auch in Krisenzeiten.

Handlungsfeld Leistungsfähigkeit & Legitimität

Die Frage der **Leistungsfähigkeit & Legitimität der Politik und Verwaltung** war ein wesentlicher Punkt der Diskussionen: Es geht um **Funktionsfähigkeit des Parlaments und der Verwaltung, Qualität politischer Entscheidungen, Transparenz, Bürgerbeteiligung und Rechenschaftspflicht**. Legitimität entsteht, wenn Institutionen sichtbar Probleme lösen, nachvollziehbar handeln und sich nicht in parteipolitischer Blockade oder Inszenierung verlieren.

Probleme, die Leistungsfähigkeit & Legitimität schwächen

- **Vertrauensverlust in Institutionen:** Parlament, Regierung, Parteien und Medien gelten als wenig glaubwürdig und handlungsfähig.
- **Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung:** eine „politische Klasse“ entfernt sich von Alltagsrealitäten, was Akzeptanz schwächt.
- **Blockaden & Ineffizienz:** starres Parteiensystem, Fraktionszwang, langwierige Koalitionsabstimmungen, schwache Schnittstellen für komplexe Themen (z. B. Klima, Digitalisierung).
- **Inszenierung statt Problemlösung:** Politik wird oft als Show wahrgenommen, Entscheidungen entstehen in parteiinternen oder außerparlamentarischen Hinterzimmern.
- **Mangelnde Transparenz:** Gesetzgebungsprozesse und Personalentscheidungen sind intransparent, Bürgerbeteiligung unzureichend.
- **Schwache parlamentarische Kultur:** parteipolitisches Gezänk dominiert, sachliche Debatten fehlen, Opposition wird blockiert.
- **Übermäßiger Parteieneinfluss:** Parteien sichern Macht und Ressourcen, statt Problemlösungen in den Vordergrund zu stellen.
- **Defizite in Verwaltung & Ministerien:** parteipolitische Besetzungen, übergroße Kabinette, mangelnde strategische Steuerung, Qualitätsverluste im Service, fehlendes Krisenmanagement.
- **Komplexität der Herausforderungen:** Verwaltung ist auf Transformationsprozesse (z. B. Klima, Migration) nicht vorbereitet.
- **Mangelnde Ergebnisorientierung:** Politik reagiert auf Umfragen, vermeidet unbequeme Wahrheiten, liefert keine nachhaltigen Lösungen.
- **Vertrauensdefizite im Diskurs:** destruktives Verhalten und Polarisierung führen zu geringer Kompromissfähigkeit.

Lösungsvorschläge für mehr Leistungsfähigkeit & Legitimität

- **Stärkung des Parlaments:**
 - Abbau des Fraktionszwangs, mehr Eigenständigkeit und Fachkompetenz der Abgeordneten.
 - Einrichtung unabhängiger Expertise in der Parlamentsdirektion.
 - Reform der Geschäftsordnung, um sachliche Debatten zu fördern.
 - Stärkung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung.
- **Reform von Entscheidungsprozessen:**
 - Längere und verbindliche Begutachtungsfristen, strukturierte Einbindung aller Interessengruppen.
 - Transparente Abläufe nach EU-Vorbild (Grünbuch, Weißbuch, etc.).
 - Öffentliche Hearings bei Personalentscheidungen.
 - Mission Letters für Minister mit klaren Aufgaben und Rechenschaftspflicht.
- **Bürgerbeteiligung und Transparenz:**
 - Einführung von Bürger*innenräten, Zukunftsräten und Konsultationsforen.
 - Frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit in Gesetzgebung.
 - Lokale Beteiligung (z. B. bei Budgetfragen oder Infrastrukturprojekten).
 - Vollständige Offenlegung von Ausgaben und Entscheidungen.
- **Stärkung von Verwaltung & Ministerien:**
 - Reduzierung und Professionalisierung der Kabinette, klare Qualifikationsanforderungen.
 - Objektive, transparente Personalentscheidungen.
 - Verbindliche Führungslehrgänge für Leitungspositionen.
 - Strategische Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt.
 - Schutz von Krisenmanagement vor tagespolitischen Einflüssen.
- **Verantwortung & Rechenschaft:**

- Politische Amtsträger sollen für Fehlverhalten haftbar sein (Zivilrecht, Amtshaftung).
- Strengere Konsequenzen für Falschaussagen und Hetze.
- Regelmäßige Rechenschaftslegung gegenüber der Bevölkerung.
- **Wissenschaft und Expertise:**
 - Einrichtung ständiger Sachverständigenräte (nach deutschem Vorbild).
 - Systematische Nutzung wissenschaftlicher Beratung (ähnlich SAPEA/SAM der EU).
 - Kuratiertes Wissen in Entscheidungsprozesse einbinden.
- **Kooperationskultur:**
 - Förderung von „Coopetition“ (Kooperation trotz Wettbewerb).
 - Überparteiliche Initiativen für konstruktive Debatten.
 - Metakommunikation über Kommunikations- und Konfliktkultur.

Handlungsfeld Compliance & Integrität

Das Handlungsfeld „**Compliance & Integrität**“ ist stark mit Themen wie **Korruptionsbekämpfung, Transparenz, Rechenschaft, Unabhängigkeit von Justiz und Medien, saubere Auswahlprozesse für Führungspersonen** verknüpft. Bürger:innen vertrauen der Demokratie nur dann, wenn sie sehen, dass Regeln nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die politischen Eliten gelten – und dass Verstöße konsequent geahndet werden. Eine Demokratie wird wehrhafter, wenn **Integrität zur Norm wird und Verstöße sichtbar Konsequenzen haben**. Das stärkt die Überzeugung, dass das System nicht nur Regeln vorgibt, sondern sie auch durchsetzt – unabhängig von Macht oder Status der Handelnden. Dieses Handlungsfeld ergänzt das erste („Leistungsfähigkeit & Legitimität“) logisch: Leistungsfähigkeit ohne Integrität wirkt zynisch, Integrität ohne Leistungsfähigkeit wirkt machtlos. Erst in Kombination entsteht **nachhaltige Legitimität**.

Probleme, die Compliance & Integrität schwächen

- **Korruption und Machtmissbrauch**

- Politische Einflussnahme auf Justiz (Weisungsrecht, Karrierewege von Staatsanwälten) und Medien (Inseratenpolitik, parteinahe Gremien).
- Parteienbesetzungen in Verwaltung und Ministerien, willkürliche Personalentscheidungen, fehlende Qualifikationsstandards.
- Mangel an Regeln für den Wechsel von Kabinettsmitgliedern in die Verwaltung (Gefahr eines willfährigen Verwaltungsapparats).
- **Mangelnde Transparenz & Rechenschaft**
 - Intransparente Gesetzgebungsprozesse, Postenbesetzungen und Finanzströme.
 - Fehlende oder zu kurze Begutachtungsfristen, keine Rückmeldungen an Beteiligte.
 - Fraktionszwang verhindert persönliche Verantwortlichkeit von Abgeordneten.
 - Parlament wird als Abnick-Organ für vorab entschiedene Regierungspläne wahrgenommen.
- **Fehlende Konsequenzen für Fehlverhalten**
 - Politiker:innen sind nicht zivil- oder amthaftungsrechtlich für ihr Handeln verantwortlich.
 - Keine Sanktionen bei Falschaussagen, Hetze oder Verstößen gegen demokratische Usancen.
 - Ehrliche Problemanalyse fehlt – Missstände werden oft beschönigt.
- **Defizite bei Auswahl und Verhalten von Entscheidungsträgern**
 - Schlüsselpositionen können von Extremisten oder ungeeigneten Personen besetzt werden.
 - Parteipolitische Loyalität zählt oft mehr als Integrität oder Fachkompetenz.
 - Zu kurze Entscheidungsfristen bei Ministerernennungen verhindern sorgfältige Auswahl.
- **Schwache Institutionen**
 - ORF und VfGH sind durch parteipolitische Einflussnahme gefährdet.

- Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften durch Weisungsrecht und Ressourcenmangel eingeschränkt.
- Fehlende Cooling-off-Phasen für politisch aktive Personen in Richterämtern.

Lösungsvorschläge für mehr Compliance & Integrität

• Stärkung von Justiz & Rechtsstaat

- Abschaffung oder Einschränkung des Weisungsrechts gegenüber Staatsanwaltschaften.
- Bessere personelle und technische Ausstattung der Staatsanwaltschaften.
- Reform der VfGH-Besetzungen (gestaffelte Amtszeiten, breitere Ernennungsbasis).

• Integrität in Ministerien & Verwaltung

- Verkleinerung und Professionalisierung der Ministerkabinette.
- Klare Qualifikationsanforderungen und verpflichtende Führungslehrgänge für Spitzenpositionen.
- Strenge Regeln für den Wechsel von Kabinettsmitgliedern in Verwaltungsfunktionen (z. B. Concours-System).

• Transparente und faire Medienordnung

- Abschaffung von Regierungsinseraten, stattdessen qualitätsorientierte Medienförderung.
- Gleichberechtigter Zugang zu Regierungsreisen.
- Förderungen nur für Medien, die Qualitätsstandards einhalten (z. B. Presserat-Mitgliedschaft).

• Verantwortung politischer Amtsträger

- Einführung von Politikerhaftung (zivilrechtlich und durch Amtshaftung).
- Sanktionen für Falschaussagen und Hetze.
- Öffentliche Rechenschaftspflicht für Mandatar:innen und Regierungsmitglieder.

• Auswahlverfahren für Spitzenfunktionen

- Kriterienkataloge und Kodizes für Regierungsmitglieder und Parlamentspräsident:innen.

- Öffentliche Hearings für Kandidat:innen.
- Einführung von „Mission Letters“ für Minister:innen mit klaren Aufgaben, Rechenschaftspflicht und Bekenntnis zu Demokratie & Rechtsstaat.
- „Public Value-Test“ für Politiker:innen zur Überprüfung demokratischer und ethischer Standards.
- **Unabhängigkeit & Kontrolle**
 - Reform der ORF-Gremien, um politische Einflussnahme zu reduzieren.
 - Einrichtung unabhängiger Gremien für Richter- und Staatsanwaltsernennungen.
 - Einführung eines Ethik-Kodex mit unabhängiger Kommission zur Überwachung.
 - Transparente Veröffentlichung aller schriftlichen Informationen an Ministerien.

Handlungsfeld Information & Wissen

Das Handlungsfeld „**Information & Wissen**“ ist ein zentrales Rückgrat demokratischer Resilienz: Es geht um **ehrlliche Information, unabhängige Medien, politische Bildung, transparente Prozesse, wissenschaftliche Expertise und eine respektvolle Diskurskultur**. Nur wenn Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen Zugang zu fundiertem Wissen haben und Propaganda bzw. Desinformation zurückgedrängt werden, kann Demokratie auf Dauer Vertrauen, Legitimität und Problemlösungskraft sichern.

Probleme, die Information & Wissen schwächen

- **Defizite in Kommunikation & Transparenz**
 - Politik arbeitet oft mit leeren Phrasen, Message Control und Inszenierungen statt mit ehrlichen Fakten.
 - Wichtige Entscheidungsprozesse sind intransparent; Bürger:innen haben keinen klaren Einblick in Abläufe und Folgen.
 - Medienlogik und soziale Netzwerke verstärken Personalisierung und Polarisierung.

- **Vertrauensverlust & Entfremdung**

- Bürger:innen fühlen sich nicht ernst genommen, wenn Politik unbequeme Wahrheiten verschweigt (z. B. Pensionen, Migration, Klimawandel, Bildung).
- Institutionen wie Parlament, Regierung, Parteien und Medien verlieren Glaubwürdigkeit.
- Sprachverrohung und aggressive Rhetorik behindern sachlichen Dialog.

- **Fehlende Wissensbasis**

- Abgeordnete und Entscheidungsträger:innen sind bei komplexen Themen stark von externen Beratern abhängig.
- Fehlende systematische wissenschaftliche Beratung, Wissensverluste in Verwaltung durch Personalwechsel.
- Mangel an politischer Bildung in Schulen und Erwachsenenbildung, oft reduziert auf Institutionenkunde.

- **Medienprobleme**

- Wettbewerbsverzerrung bei Förderungen, Abhängigkeit von Regierungsinseraten.
- Boulevard- und parteinahe Medien dominieren, während kritischer Qualitätsjournalismus geschwächt wird.
- Angriffe auf Journalist:innen (SLAPP-Klagen, Hetze, Gewalt), die unabhängige Berichterstattung unterminieren.

- **Desinformation & Manipulation**

- Fake News, Hasspostings und parallele Informationsblasen gefährden den Diskurs.
- Späte oder fehlende Auseinandersetzung mit EU-Themen verhindert sachliche Debatten und frühzeitige Beteiligung.
- Propaganda-Narrative („Lügenpresse“, „Staatsfunk“) schwächen Vertrauen in Medien.

Lösungsvorschläge für Information & Wissen

- **Transparenz & offene Information**

- Verfassungsrechtlich garantiertes Informations- und Konsultationsrecht für Bürger:innen.

- Veröffentlichung von Vorhabensberichten, Ausschussprotokollen, Regierungsstrategien und Stellungnahmen.
- Evaluierungen, die Rückkopplung zwischen Stellungnahmen und Gesetzestext sichtbar machen.
- Nutzung digitaler Plattformen für Bürgerinformation, Konsultationen und Abstimmungen.
- **Stärkung von Medien & Journalismus**
 - Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, faire Medienförderung nach Qualitätsstandards.
 - Abschaffung oder strikte Regulierung von Regierungsinseraten.
 - Reform des ORF mit unabhängigen Gremien und transparenter Kontrolle.
 - Förderung gemeinnützigen Journalismus, Innovation und gemeinsamer Infrastruktur.
 - Gleichberechtigter Zugang aller Medien zu Regierungsinformationen und -reisen.
- **Politische Bildung & Medienkompetenz**
 - Ausweitung der politischen Bildung (Schulen, Erwachsenenbildung), mit Fokus auf Prozesse, Fakten und kritische Reflexion.
 - Förderung von Medienkompetenz bei Entscheidungsträger:innen in Politik, Justiz und Wirtschaft.
 - Vermittlung der Unterschiede zwischen Journalismus, Werbung, Desinformation und Propaganda.
 - Verständnis von Social Media, Algorithmen und Künstlicher Intelligenz als Einflussfaktoren.
- **Schnittstellen zwischen Politik & Wissenschaft**
 - Einrichtung ständiger Sachverständigenräte nach deutschem Modell.
 - Kuratiertes Wissen nach dem Vorbild des EU-Science Advice Mechanism (SAPEA).
 - Ausbau politischer Akademien zu neutralen Zentren für Dialog und Vordenken.
 - Stärkere wissenschaftliche Unterstützung für Parlamente.

- **Diskurs & Kulturwandel**

- Förderung von Dialogformaten (Bürgerräte, Zukunftsräte, Townhalls, Bürgerdiskussionen).
- Positive Besetzung von Kompromisskultur und Sichtbarmachung kollektiver Entscheidungsprozesse.
- Einführung von Ehrenkodex und Ethikkommission für Sprache und Umgangsformen.
- Stärkung parteiunabhängiger Dialogplattformen (z. B. Akademie für Demokratie).
- Bewusstes Entkräften von Fake Narrativen und Stärkung gemeinsamer Faktenbasis.

Handlungsfeld Demokratische Kultur & Selbstverständnis

Das Handlungsfeld „**Demokratische Kultur & Selbstverständnis**“ betrifft die **Haltungen, Werte und Praktiken**, die Demokratie tragen: Respekt, Ehrlichkeit, Toleranz, Kompromissfähigkeit, Vertrauen, politische Bildung und Teilhabe. Es geht darum, dass Bürger:innen sich als aktive Subjekte im Rechtsstaat verstehen und dass demokratische Grundwerte sichtbar gelebt, vermittelt und weitergegeben werden.

Eine resiliente Demokratie braucht nicht nur funktionierende Institutionen, sondern auch eine **gelebte demokratische Kultur**. Diese ist langlebig und wirkt über Generationen hinweg. Sie bildet sich aus dem **Selbstverständnis der Bürger:innen** als aktive Subjekte in einer liberalen Demokratie und einem Rechtsstaat.

Probleme, die die demokratische Kultur schwächen

- **Personalisierung & Populismus:** Politische Kultur wird zunehmend durch Persönlichkeitskult, Selbstdarstellung und Inszenierung geprägt, während kollektive Verantwortung, Teamarbeit und Kompromissfindung in den Hintergrund treten.
- **Verlust der politischen Mitte:** Polarisierung und die Schwächung der Mitte gefährden Stabilität und Kompromissfähigkeit, was das Fundament einer pluralistischen Demokratie erodiert.
- **Erosion des Diskurses:** Sprache in Politik und Medien verroht; respektvolle Auseinandersetzung weicht Hetze und Polarisierung. Parlamente dienen mehr der Show als dem Dialog.

- **Entfremdung & Vertrauensverlust:** Bürger:innen fühlen sich von einer „politischen Klasse“ entfremdet; fehlende Ehrlichkeit bei schwierigen Themen (Pensionen, Klima, Migration, Bildung) verstärkt das Misstrauen.
- **Defizite in politischer Bildung:** Demokratiewissen wird oft nur oberflächlich vermittelt; Verständnis für Prozesse, Menschenrechte und Pluralismus bleibt schwach.
- **Parteienfixierung:** Übermäßiger Parteieneinfluss verhindert unabhängiges Handeln und schwächt das Verständnis von Parlamentarismus und Gewaltenteilung.
- **Fehlende demokratische Grenzen:** Das Missverständnis, Demokratie bedeute „alles ist erlaubt“, verwischt Grundwerte wie Respekt, Toleranz und Ehrlichkeit.

Lösungsansätze zur Stärkung demokratischer Kultur

- **Kompromiss & Diskurs positiv besetzen:** Konstruktive Zusammenarbeit sichtbar machen; Formate schaffen, die Kompromisse und gemeinsame Lösungen als Stärke zeigen.
- **Stärkung der politischen Mitte:** Ideenwettbewerb fördern, Diskurs statt Kampagnen priorisieren, junge Menschen und Frauen gezielt einbeziehen, politische Akademien als offene Vordenkerzentren etablieren.
- **Bürgerbeteiligung & Dialogformate:** Bürgerräte, Zukunftsräte, Townhalls und offene Konsultationen auf allen Ebenen; niedrigschwellige Beteiligung zur Förderung von Mitgestaltung und Demokratieverständnis.
- **Verantwortungsvoller Umgang mit Sprache:** Einführung eines Ehrenkodex für Politiker:innen und Ethikkommission zur Überwachung demokratischer Umgangsformen; bewusste Distanzierung von hetzerischer Sprache.
- **Erneuerung des Parlamentarismus:** Parlamente wieder zu Orten sachlicher Auseinandersetzung machen, inklusive Debattenkultur, Transparenz, Beteiligung von Bürger:innen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.
- **Politische Bildung & Generationentransfer:** Stärkere politische Bildung in Schulen und Erwachsenenbildung, Simulation von Entscheidungsprozessen, Vermittlung von Menschenrechten, Rechtsstaat und demokratischer Praxis.

- **Metakommunikation & Reflexion:** Strukturelle Räume schaffen, in denen politische Parteien ihre Kommunikations- und Konfliktpraktiken reflektieren können.
- **Zivilgesellschaft als Wächterin:** Aktive Rolle der Zivilgesellschaft bei der Sicherstellung, dass zentrale Ämter von überzeugten Demokrat:innen besetzt werden.
- **Vertrauen & Selbstverständnis stärken:** Politisches Engagement attraktiver machen, klare demokratische Werte vorleben, Rechenschaftspflichten und Öffentlichkeit bei zentralen Entscheidungen sicherstellen.

Abschließende Reflexion: Erweiterung der Handlungsfelder?

Die Analyse zeigt, dass die bestehenden vier Handlungsfelder – von institutioneller Leistungsfähigkeit über Rechtsstaatlichkeit und Informationsordnung bis zur politischen Kultur – ein sinnvolles Grundgerüst zur Beurteilung der Demokratieresilienz bilden. **Sie decken die zentralen „Säulen“ eines demokratischen Systems ab und sind weiterhin gültig.** Allerdings haben sich in den vergangenen Jahren neue Problemkomplexe verstärkt, die quer zu diesen klassischen Feldern liegen und besondere Aufmerksamkeit verlangen. Die Frage, ob die Struktur um zusätzliche Handlungsfelder erweitert werden sollte, lässt sich folgendermaßen reflektieren:

Einerseits sprechen gute Gründe *für* eine Erweiterung bzw. Präzisierung. Empirische Studien belegen eindeutig, dass **ökonomische Ungleichgewichte und soziale Fragmentierung** enorme Risikofaktoren für Demokratien sind. Ignoriert man diese als eigenständige Dimension, besteht die Gefahr blinder Flecken – beispielsweise könnte man eine Demokratie fälschlich als resilient einschätzen, weil ihre Institutionen formal stark sind, während im Hintergrund soziale Erosion stattfindet. Ähnlich verhält es sich mit der **Klimakrise** und der **Digitalisierung**: Beide entwickeln sich zu *dauerhaften Stresstests* für Demokratien. Wenn das Resilienz-Konzept diese nur implizit in anderen Feldern mitdenkt, könnten spezifische Lösungsansätze (wie Klimabürgerräte oder digitale Medienkompetenz-Initiativen) unterbelichtet bleiben. Eine Erweiterung der Struktur – z.B. um ein fünftes Feld *“Sozio-ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen”* und ein sechstes Feld *“Digitale Demokratie”* – könnte helfen, politische Strategien gezielter auf heutige Herausforderungen auszurichten.

Andererseits ist zu bedenken, dass die bestehenden vier Handlungsfelder bereits *breit angelegt* sind und die neuen Aspekte integrieren können, sofern man sie entsprechend interpretiert. So ließe sich etwa **ökonomische Gerechtigkeit als Teil von Leistungsfähigkeit & Legitimität** verstehen (Leistungsfähigkeit nicht nur technisch-administrativ, sondern auch im Sinne fairer Wohlstandsverteilung). **Soziale Kohäsion und politische Kultur** überschneiden sich stark – man könnte argumentieren, dass ein hoher Zusammenhalt Indikator einer gefestigten demokratischen Kultur ist. **Digitalisierung** wiederum betrifft vor allem das Informations- und Wissensfeld, während **Klimapolitik** eine Frage guter Regierungsleistung und weitsichtiger Legitimität ist. Aus pragmatischer Sicht könnte man also anregen, die vier Felder intern um diese Unterasspekte zu erweitern, statt die Struktur zu verkomplizieren.

Letztlich hängt die Antwort davon ab, wie übersichtlich vs. nuanciert das Resilienzmodell sein soll. Die Forschung tendiert dazu, **die neuen Querschnittsthemen klar zu benennen**, weil sie eigenständige Dynamiken aufweisen. Zudem verfügen Demokratien über ungenutzte *Resilienzpoteziale*, die erst aktiviert werden müssen – beispielsweise der soziale Innovationsgeist in der Klimafrage oder die Kreativität junger digital affiner Bürger. Diese Potenziale kommen besser zur Geltung, wenn man ihnen auch analytisch Raum gibt. Daher erscheint es *sinnvoll*, die bisherigen Handlungsfelder zumindest um die genannten Aspekte zu ergänzen. Sei es durch tatsächliche Erweiterung der Kategorien oder durch stärkere Betonung innerhalb der existierenden Felder: **Ökonomische und soziale Voraussetzungen, der Umgang mit globalen Dauerkrisen (wie Klima) und die Beherrschung des digitalen Wandels sollten explizit in Strategien zur Demokratieresilienz aufgenommen werden.**

Für den Inhalt verantwortlich

Andreas Kovar
Netzwerk Chance Demokratie

office@chancedemokratie.net
www.chancedemokratie.net

Dorotheergasse 7/7, 1010 Wien
T: +43 1 522 922011